

Rezension Jahrbuch für Pädagogik 2015; Peter Lang Verlag 2016
„Inklusion als Ideologie“
von Elisabeth Gessner und Horst Paul Kuhley

Durch eine Ankündigung in der E&W vom Juni 2016 neugierig gemacht, haben wir uns mit dem Inhalt des beim renommierten Verlag Peter Lang erschienenen Sammelbandes beschäftigt. Schon der Titel des Jahrbuchs 2015 weckt die Erwartung, dass man hier keine der üblichen Lobhudeleien auf das komplexe Thema vorfinden wird. Und in der Tat wird man mit Beiträgen konfrontiert, die bereits im Titel eine ideologiekritische Auseinandersetzung versprechen. Kapitelüberschriften wie „Inklusion im Neoliberalismus...“, „Inklusion und Exklusion...“ oder „Inklusion und Differenz“ weisen auf Beiträge hin, die einen Zusammenhang herstellen wollen zwischen der aktuellen allgemeinpölitischen Debatte und der gleichzeitig immer lauter werdenden pädagogischen Forderung nach Inklusion im Schulbereich.

Birgit Herz zum Beispiel weist in Ihrem Beitrag „Inklusionssemantik und Risikoverschärfung“ darauf hin, dass die Realität der Inklusionspraxis einem „Ökonomisierungsstress“ unterworfen ist, der dazu führen kann, dass die Forderung der UN-Konvention nach Partizipation in *allen* Lebensbereichen zugunsten einer Debatte über Inklusion in der Schule verkürzt wird. Ihrer Ansicht nach haben darüber hinaus die ständige empirische Überprüfung von Schulerfolgen und eine überbordende Diagnostik eine ideologische Funktion: „Für die Praxisentwicklung von inklusiven Schulen hat diese politische Instrumentalisierung von Diagnostik in der inklusiven Schule weit reichende Konsequenzen. Sie entstehen einerseits durch das Vorenthalten einer fachlich begründeten Ressourcenausstattung..., andererseits werden sie auf der personalen Ebene aller an Schule beteiligten Personen deutlich spürbar.“ Birgit Herz stellt fest, was auch die Befragung hessischer GEW-Mitglieder zum gleichen Thema ergeben hat: „Die neuen Aufgaben können unter den jetzigen Bedingungen nur durch vielfach erhöhten persönlichen Arbeitsaufwand bewältigt werden...“ Wo dies nicht geschieht, oder wo besonders schwierige Kinder inkludiert werden sollen „findet sich diese Klientel zunehmend im Gesundheitssystem oder im Fürsorgesystem der Kinder und Jugendhilfe...“, wird also faktisch institutionell exkludiert.

Edgar Weiß kritisiert in seinem Beitrag „Inklusionsideologie und pädagogische Realität – Das Beispiel ADHS, dass die Inklusionsbefürworter in ihrer Argumentation die Erkenntnis ausklammert, dass „... Formen sozialer Exklusion(,) dem Kapitalismus wesensgemäß sind...“ Bezogen auf das Beispiel ADHS weist er darauf hin, dass sich „eine spezifische neurologische Funktionsstörung ... nicht nachweisen“ lässt. Er findet die „Pathologisierung sozialer Auffälligkeiten gemäß biologischer Deutungsmuster“ als kennzeichnend für einen Umgang mit Störungen, der gleichzeitig von „kontrastierenden Normalitätserwartungen“ geprägt ist. Ähnliche Befunde haben ja auch Leuzinger-Bohleber, Brandl und Hüther in ihrem Buch ‚ADHS – Frühprävention statt Medikalisierung‘ bereits dokumentiert (Göttingen 2006). Weiß‘ Ansicht nach spricht nichts gegen eine Inklusion, „soweit dies für die Betroffenen die vorteilhafteste Option darstellt“, jedoch spricht seiner Meinung nach viel gegen eine Inklusion, „exkludiert sie tendenziell durch die Stabilisierung von Sonderfall-Karrieren.“

Sven Romey und Sven Quiring berichten in ihrem Beitrag „Hamburg weiter vorn? Zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der Umsetzung der schulischen Inklusion“ aus der Praxis des Stadtstaates. Am Anfang der Entwicklung stand hier ein wegweisendes Gutachten der Professoren Klaus Klemm und Ulf Preuss-Lausitz, die behaupteten, „man könne ohne zusätzliche Ressourcen Integration bzw. Inklusion umsetzen“. Die Autoren Romey und Quiring berichten, dass danach die anderslautenden Ergebnisse pädagogischer Arbeitsgruppen

und das Know-How aus bestehenden Integrationsklassen nicht weiter in die Überlegungen der Schulbehörde einbezogen wurde. „Im Vergleich zu den zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden Integrativen Regelklassen bot das neue Modell nur noch ein Drittel zusätzlicher Förderung pro LSE-Schüler an. Es kam zu heftigen Protesten.“ Die unter der Schulsenatorin Christa Goetsch noch erhaltenen Integrationsklassen sollen nun unter sozialdemokratischer Regie von Schulsenator Rabe aus zusätzlichen Sonderpädagogen in Wirklichkeit aus Bundesmitteln finanzierte Sozialpädagogen werden. „Da die SPD – jetzt in Regierungsverantwortung – nicht mehr gewillt ist, alle Schulen nach dem Modell der I- und IR-Klassen (Integrativen Regelklassen) auszustatten, wird die Ressource der vorhandenen Integrationsschulen ‚angepasst‘.“ Damit geschieht das Gleich, was auch in Hessen zu beobachten ist: Es werden den Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf durch Inklusion tatsächlich Förderpädagogen vorenthalten. „Jede Fachkraft Sonderpädagogik bzw. Sozialpädagogik ist rechnerisch für mindestens 4-5 Klassen zuständig.“ Und in Hamburg lässt sich, wie in Hessen, bilanzieren: „Der Bedarf – gerade für die sonderpädagogischen Förderschwerpunkte Sprache und emotional-soziale Entwicklung – wird von der Schulbehörde definiert und diktiert.“ Tatsächlich liegt die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf weit über dem von den Schulbehörden vermuteten Limit von 4% in Grundschulen und 8% in Stadtteilschulen). Romey und Quiring bilanzieren auf Basis einer Studie der Professoren Schuck und Rauer: „Nimmt man die Vorgaben des Senats, bleibt eine große Anzahl (ca. 800) von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf absolut unversorgt.“

Das Jahrbuch für Pädagogik enthält viele erschütternde Belege dafür, dass die Reduktion des Umgangs mit der UN-Forderung nach größtmöglicher Partizipation auf die Inklusion von Kindern mit Förderbedarf in den regulären Schulbetrieb kein einfaches Missverständnis ist. Es scheint vielmehr so zu sein, dass die abstrakte Forderung nach Inklusion nicht nur auf dem Rücken von Lehrpersonen und Förderpersonal ausgetragen wird. Weil gleichzeitig die individuelle Förderung von Kindern mit Problemen faktisch beendet wird, kann es passieren, dass die Möglichkeit zur tatsächlichen Partizipation im Erwachsenenleben durch die Schaffung von Millionen exkludierten „Sonderfällen“ bereits in der Schulkarriere torpediert wird.